

Minister Miljutows „Privatmeinung“.

Der Justizminister gegen den Minister des Aeußern. — Die äußere Politik in der russischen Republik.

Kopenhagen, 19. April.

Die soeben verspätet eingetroffenen russischen Zeitungen vom 7. April enthalten folgende offiziöse Notiz:

Anlässlich des Interviews mit dem Minister des Aeußern Miljutow, welches am 5. d. in Petersburger Zeitungen erschienen und auch nach dem Auslande gedruckt worden war, hat Justizminister Kerenski das Pressebureau des Justizministeriums beauftragt, zu erklären, daß Miljutows Aeußerungen über die Aufgaben der auswärtigen Politik Rußlands in diesem Kriege nur seine Privatmeinung und keinesfalls die Anschauung der provisorischen Regierung widerspiegeln. Kerenski's eigener Standpunkt in den Fragen des Krieges, heißt es in der Erklärung, entspricht dem Standpunkt jener politischen Kreise, denen er seit vielen Jahren angehört. Sein Standpunkt beruht auf der Notwendigkeit, das Land vor Eroberungen und Invasion des Feindes zu schützen, verneint aber entschieden jede Eroberung von Gebieten fremder Völker und Attentate auf die Unabhängigkeit der Völker der Mittelmächte. (Es fragt sich jetzt nur, wer denn eigentlich die äußere Politik Rußlands bestimmt! D. Red.)

„Den“ vom 8. d. polemisiert ungemein scharf gegen Miljutows inzwischen von der provisorischen Regierung desavouiertes auswärtiges Programm und sagt: Konstantinopel und die Meerengen gehören dem türkischen Volke, das das gleiche Recht auf Selbstbestimmung besitzt, wie das russische Volk. Weshalb sollen die russischen Soldaten und Bürger ihr Blut opfern, weil Miljutow, der mit seiner Ansicht vollkommen allein steht, Konstantinopel haben will? „Den“ tadelt die Unbuddsamkeit Miljutows, der, um gegenteilige Meinungen

zu unterdrücken, nicht Mittel verschmähe, die einem Minister der früheren Regierung alle Ehre machen würden.